

# Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Kreisstädte der Kreise Unterlahn, Westerwald, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags).  
Bezugspreis: vierjährig 1.495 M. ohne Postbelehrung.

Telefon Nr. 82. — Postscheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Gegr. 1838 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Münch.  
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei  
in Limburg a. l. Lahn.

Anzeigenpreis: die begehrte 3-Millimeterzelle über deren  
Raum 40 Pf. Die 91 mm breite Reklamezelle 1.20 M.

Anzeigen-Ablauf bis 4 Uhr nachmittags des Vorabes.

Nummer 34

Limburg, Freitag den 13. Februar 1920

83. Jahrgang

## Der Termin der Reichstagswahlen.

Am Sonntag fand in Berlin im Herrenhaus die Hauptversammlung des Brandenburgischen Parteitages der demokratischen Partei statt, in der der Abgeordnete Dr. Bachmire sich in einer Weise mit den bevorstehenden Wahlen zum neuen Reichstag beschäftigte, die dieses bedeutende Thema in einer allgemein interessierenden Form behandelte. Der demokratische Abgeordnete ging davon aus, daß der Ruf nach Neuwahlen immer härter werde, und daß sie stattzufinden hätten, sobald die Nationalversammlung das ihr noch vorliegende Material erledigt habe. Gegenüber dem Vorwurf der Überhöhung der Nationalversammlung, den Dr. Bachmire dabei zurückwies, wäre wohl im Interesse einer allgemeinen Ablösung noch auszuführen gewesen, daß an sich nach einer gewissen Zeit jedes Parlament überaltert ist und weiter, daß es eine völlig unbedeutende Beschwerde darstellt, wenn gesagt wird, die Nationalversammlung habe nach Beendigung der Verfassung überhaupt keine Erneuerung mehr. Tatsächlich ist seinerzeit bei Beratung des verfassunggebenden Parlaments beschlossen worden, daß es außer der Verfassung „noch andere wichtige Entwürfe“ zu erledigen haben werde. Im übrigen nahm aber Dr. Bachmire in durchaus dantonsweiter Weise einmal Gelegenheit, die Frage der Vorbereitung der Reichstagswahlen eingehend zu erörtern, und er stellte dabei durchaus mit Recht in den Vordergrund, daß in dem Wahlkampf, in dem wir uns tatsächlich bereits seit langem befinden, und der schon jetzt sehr heftig geführt werde, von den Mehrheitsparteien bei der Gegenarbeit gegen die außerordentlich rücksichtslose Agitationstaft der Deutschnationalen immer wieder belohnt werden müsse: wer hat uns in diese Situation gebracht, wer hat die Niederlage herbeigeführt, wer die unzureichende Kriegsvorbereitung, wer den U-Bootkrieg, und wer hat die Unterschätzung Amerikas verschuldet? Zum Thema „Monarchismus“ sei den Deutschnationalen zu sagen, daß Dr. Stresemann sich seinerzeit eindeutig zu keinem Boden der Republik gestellt habe und seinerzeit, daß die Monarchie selbst das Land und uns verlassen habe und jetzt in die für sie durchaus günstige finanzielle Auseinandersetzung gewillig habe. Außerdem müssen wir auch die Frage erheben: wo waren diejenigen, die jetzt den Thron verteidigen, als dieser Thron zusammenbrach? Im übrigen wies der Redner zum Schluss zweifellos auf die Tatsache hin, daß die Mehrheitsparteien bei den letzten Wahlen 23.1 Millionen Stimmen, die Rechtparteien dagegen nur 4.4 Millionen erhielten und daß dieser Vorsprung nicht so leicht einzuhaken sei. Der Abgeordnete Bachmire hat dann gesagt, daß die Wahlen im Juni stattfinden könnten. Es liegt kein Grund vor, daß die Regierung von sich aus dagegen etwas einzumachen haben würde. Die Voraussetzung ist aber, daß keine „Zwischenfälle“ von außen oder von innen, etwa durch Putsch von links oder rechts, bisher unvorhergesehene Störungen und Hemmnisse herbeiführen.

## Ein neuer deutsch-französischer Konflikt.

### Unsere Kohlenlieferungen. Pariser Drohungen.

Berlin, 11. Febr. (WDB.) Der französische Ministerpräsident hat der deutschen Mission in Paris folgende vom 8. Februar datierte Note zugehen lassen:

Rat den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, Teil VIII (Wiedergutmachungen), Artikel 236 Anlage 5 § 2 hat sich Deutschland verpflichtet, an Frankreich sieben Millionen Tonnen Kohlen jährlich zu liefern. Außerdem soll Deutschland jedes Jahr an Frankreich eine Kohlenmenge gleich dem Unterschied zwischen der Jahresförderung der durch den Krieg zerstörten Bergwerke der Départements Nord und Pas-de-Calais vor dem Kriege und der Förderung der Bergwerke dieses Bezirks in den in Betracht kommenden Jahren liefern. Letztere Lieferung erfolgt zehn Jahre lang und darf nicht mehr als 20 Millionen Tonnen jährlich während der ersten fünf Jahre und acht Millionen Tonnen jährlich während der fünf folgenden Jahre betragen. Außerdem geht aus dem Protokoll vom 29. August 1919 über die Verhandlungen bezüglich der Ausführung der Anlage 5 zu Artikel 236 des Friedensvertrages hervor, daß die Mächte vorläufig über eingetretene sind, nicht sofort nach Inkrafttreten des Vertrages die vollständige Lieferung der in der Anlage 5 aufgezählten Kohlemengen verlangen. Deutschland hat sich verpflichtet, bis zum 30. April 1920 monatlich den Alliierten 1.600.000 Tonnen zu liefern. Das entspricht einer jährlichen Lieferung von 20 Millionen Tonnen Kohlen und stellt den Erfolg der zerstörten französischen Bergwerke dar, einen Erfolg, der entsprechend dem Schlußjahr von § 10 der Anlage 5 ein Vorrangrecht genießt.

Nurellen unantastbare Dokumente lehnen, daß Deutschland im Laufe des letzten Dezember 10.450.000 Tonnen Kohlen produziert hat. Gemäß den in dem Protokoll vom 29. August 1919 ausgesprochenen Grundlinien hätte Deutschland also an die alliierten Mächte 2.500.000 Tonnen liefern müssen, während es nur 600.000 Tonnen geliefert hat. Die im Monat Januar produzierte Menge ist merklich geringer gewesen und der Vertreter der deutschen Regierung bei der Kohlenunterkommission in Elberfeld am 1. Februar erklärt, daß Deutschland nicht mehr als monatlich 750.000 Tonnen liefern könne. Aber selbst diese Menge ist bis jetzt niemals geliefert worden. Die Gründe, die man vorgebracht hat, um die Rüteinhaltung dieser hochwichtigen Verpflichtungen zu rechtfertigen und die auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Staates hindeuten, können nicht als sichhaltig betrachtet werden gegenüber der Tatsache, daß Deutschland für sich selbst eine Quantität zuvor behalten hat, die erheblich höher ist als die, die es zur Ausführung seiner Verpflichtungen benötigt: 60 Millionen Deutsche erhalten zurzeit monatlich acht Millionen Tonnen Kohlen, während

Frankreich für seine Bevölkerung von 40 Millionen nur über 3.250.000 Tonnen monatlich verfügt. Welches Recht kann Deutschland anführen, günstiger gestellt zu sein als Frankreich, dessen Lage lediglich auf die systematischen Verwüstungen zurückzuführen ist, die durch die deutsche Oberste Heeresleitung ohne militärische Notwendigkeit und mit dem bestimmten Ziel, die französische Industrie zu ruinieren, beobachtet worden sind? Die französische Regierung kann nicht zulassen, daß die deutsche Regierung in Rücksicht auf ihre Verpflichtungen und obwohl sie dazu imstande wäre, die Lieferungen nicht ausführt, an denen Frankreich ein spezielles Interesse und Anteil hat. Sie verlangt, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen ausführt, und ist entschlossen, die Rechte der französischen Nation geltend zu machen, die durch den Friedensvertrag sanktioniert worden sind.

Unter Bezugnahme auf Artikel 429 des Friedensvertrages eröffnet die französische Regierung hiermit der deutschen Regierung, daß, da Deutschland die Bestimmungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt hat, die Fristen für die Rückumsetzung der befreiten Gebiete noch nicht zu laufen begonnen haben. Ferner: wenn am 1. März 1920 Deutschland in weiterer absichtlicher Nichterfüllung dieser Verpflichtungen an Frankreich nicht die noch rückständigen bereits fälligen Lieferungen sowie das volle Februar-Quantum geliefert hat, so wird sich die Regierung der Republik gezwungen sehen, zu wirtschaftlichen und finanziellen Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen und allgemein zu solchen Maßnahmen zu greifen, die sie als durch die Umstände geboten erachtet, wie das für jüngste Fälle der Vertrag besonders vorsieht. Die französische Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sie nicht gezwungen sein wird, andere Maßregeln gegen Deutschland zu ergreifen, wie sie das Protokoll vom 10. Januar 1920 und das Schreiben vom 23. Dezember 1919 als Bedingung für das Inkrafttreten des Vertrages vorgesehen haben.

Hierzu wird, wie das W. T. B. meldet, von zuständiger Seite bemerkt:

Die Kohlennote vom 8. Februar 1920 geht aus vom französischen Ministerpräsidenten und ist gerichtet an den deutschen Gesandtschaftsträger. Sie beschwört sich über mangelhafte Kohlenlieferungen Deutschlands. Gegenüber den übernommenen Verpflichtungen für die Behandlung der Kohlenlieferungen aus dem Friedensvertrag ist lediglich der Wiedergutmachungsmaßnahmen zuständig. Er allein hat das Recht, die deutschen Kohlenlieferungen festzusetzen, er allein hat die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen und er hat Maßnahmen zu treffen, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der französische Ministerpräsident hat sich mit dieser Note Befugnisse angemessen, die ihm nicht zugeschenkt. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß seine Note von unzureichenden Voraussetzungen ausgeht und zu fälschlichen Schlussfolgerungen gelangt.

Die Verpflichtungen der deutschen Regierung aus dem Vertrag vom 29. August 1919 sind in der Rolle unrichtig wiedergegeben. Deutschland hat in dem Protokoll lediglich erklärt, mit den Lieferungen von Kohlen an die alliierten und assoziierten Mächte jgleich beginnen zu wollen, bestimmte Mengen Kohlen vorzuliefern hat Deutschland in dem Protokoll nicht versprochen.

Als Gegenleistung für diese durchaus freiwillige Vorlieferung von Kohlen hat das damalige Organisationskomitee in Aussicht gehalten, dem Wiedergutmachungsmaßnahmen nach seinem Zusammensetzen, also nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, vorzuschlagen, daß Deutschland auf der Grundlage der gesamten deutschen Erzeugung von 9 Millionen Tonnen Steinkohlen im Monat 1.600.000 Tonnen Tonnen an die Entente liefern soll und zwar bis zum 30. April 1920. Dies ist eine einseitige Erklärung der alliierten Mächte, mit der eine Ermäßigung der im Friedensvertrag an sich vorgesehenen Gesamtmenge bis zum 30. April 1920 sichergestellt werden sollte. Der Wiedergutmachungsmaßnahmen hat diese Erklärung der deutschen Regierung durch Note vom 30. Januar 1920 bestätigt. Da nach § 10 des Anhangs V zu Teil 8 des Friedensvertrages die Anforderung des Wiedergutmachungsmaßnahmen und eine bestimmte vertragsgemäß festgelegte Ankündigungsfrist für den Beginn der Lieferungen entscheidend sind, folgt aus Vorstehendem, daß eine Verpflichtung Deutschlands zur Lieferung bestimmter Mengen bisher nicht bestand. Die bisherigen Kohlenlieferungen sind als durchaus freiwillige zu betrachten und es kann deshalb auch kein Vorwurf gegen Deutschland daraus hergeleitet werden, daß bestimmte Mengen nicht erreicht worden sind. Im übrigen ist von deutscher Seite in dem Protokoll und während des ganzen Verlaufs der Verhandlungen die nachdrücklich abgegebene Erklärung wiederholt worden, daß Deutschland ohne schwere Schädigung seines wirtschaftlichen Lebens vorläufig überhaupt nicht imstande sei, bedeutende Lieferungen zu machen.

Wirtschaftlich betrachtet liegt in der Tatsache der freiwilligen Kohlenlieferungen vor Ablauf der im Friedensvertrag vorgegebenen Ankündigungsfrist ein gewaltiges Opfer Deutschlands und zugleich ein schlagender Beweis für die Bereitwilligkeit Deutschlands, seine Pflicht zur Wiedergutmachung nach besten Kräften zu erfüllen. Hätte Deutschland diese freiwilligen Lieferungen nicht übernommen, so hätte es die bisher an die Entente gelieferten Kohlen seinem eigenen schwer erschütterten Wirtschaftsleben zuschlagen können. Statt dessen hat es sich jetzt sehr erheblichen Kohlenmengen entblößt, um sie zur Wiedergutmachung zu verwenden. Diese freiwillige Leistung, gegen die sich die alliierten Bedenken aus den Kreisen der deutschen Volkswirtschaft erhoben haben, hätte eigentlich vorläufige Anerkennung von Seiten der Alliierten verdient.

Schließlich ist auch hervorzuheben, daß der Hinweis auf Verpflichtungsmaßnahmen, die nach dem Vertrag nur im Falle vorläufiger Nichterfüllung der Verpflichtungen in Frage kommen können, sowie auch eine Aenderung des Artikels 429

des Friedensvertrages, der die Rückumsetzung für die befreiten Gebiete regelt, nicht verständlich erscheint. Auch für die Beurteilung dieser Frage ist nicht die französische Regierung, sondern nur der Wiedergutmachungsmaßnahmen zuständig. Es ist nicht einzusehen, wie der Wiedergutmachungsmaßnahmen Anlaß finden könnte, derartige Maßregeln in Erwägung zu ziehen.

## Die britische Liste der Beschuldigten.

Köln, 11. Febr. Wie die „Cologne Post“ mittelt, enthält die britische Liste sieben Abteilungen. Die erste behandelt den U-Bootkrieg und enthält die Namen von sieben Admirälen, darunter von Tirpitz, Capelle und Scheer, sowie von 20 Marineoffizieren, denen vorgeworfen wird, Schiffe ohne Warnung und mit außerordentlicher Unmenschlichkeit angegriffen und torpediert zu haben. Abteilung 2 bezieht sich auf die Beschiebung offener Städte, Abteilung 3 auf das Legen von Unterwasserminen, Abteilung 4 auf den Angriff auf einen skandinavischen Fleißgut, die Abteilung enthält die Namen von zwei Kreuzeroffizieren, der Kreuzer „Bremse“ und „Brummer“, Abteilung 5 beschäftigt sich mit Luftangriffen, weist zwei Namen auf und fordert außerdem alle Personen, die für Luftangriffe auf offene Städte verantwortlich seien, sowie die Kommandanten aller beteiligten Luftschiffe, Abteilung 6 behandelt den Fall des Kapitäns Frenatt und enthält den Namen des Admirals Schröder sowie einen weiteren Namen. Abteilung 7 betrifft die Kriegsgefangenen.

## Die erste Sitzung des Volksbundsrates.

London, 11. Febr. (WDB.) Hieraus. Die erste Sitzung des Volksbundsrates wird von hierzulande sein. Einige der Hauptfragen schien auf folgende Art und Weise gelöst zu werden: Die Schweiz wird in den Volksbund aufgenommen; Sir Reginald Towner wird als Oberkommissar für Danzig bestätigt werden; als Kommissar für das Saarland sollen, wie vorgesehen, ein Franzose und ein Saarländer ernannt werden. Man spricht davon, daß die drei anderen zu ernennenden Kommissare ein Standesmann, ein Belgier und ein Spanier sein werden. In dieser Angelegenheit ist aber bestimmtes noch nicht beschlossen worden. Die Frage eines ständigen Gerichtshofes wird bei den Beratungen eine wichtige Rolle spielen. Großbritannien wird ebenfalls einige Fragen einer Kommission vorgeleben.

## Der Kaiser gegen den Kronprinzen.

Berlin, 12. Febr. (WDB.) Wie die „Arenz“ erzählt, ist die freiwillige Stellung des deutschen Kronprinzen ohne Wissen des Kaisers geschehen. Der Kaiser ist von dem Schritt vollkommen überrascht worden und missbilligt ihn auf das entschiedenste. Der Kaiser hat dem Kronprinzen die freiwillige Stellung verboten und von dieser seiner Willensmeinung die niederländische Regierung telegraphisch verständigt.

## Eine Antwort Wilsons?

Washington, 12. Febr. In offiziellen Kreisen versteht man, daß Präsident Wilson die Absicht habe, auf den Brief des früheren deutschen Kronprinzen, in dem sich dieser bereit erklärt, sich den Alliierten zu stellen, offiziell zu antworten. Der Präsident wird ausführen, daß er nach wie vor gegen jedes Vorgehen sei, das die Auslieferung und Abschiebung von solchen Personen betrifft, die der Beleidigung der Kriegsgegner beschuldigt werden, seien es Zivil- oder Militärpersonen.

## Das endgültige Ergebnis der Abstimmung in Nordschleswig.

Kiel, 11. Febr. (WDB.) Nach dem amtlichen Ergebnis der Volksabstimmung in der ersten Zone Nordschleswigs wurden abgegeben: 25.223 Stimmen für Deutschland, 7.488 für Dänemark.

Das für uns verlorene Gebiet der ersten Zone: Nordschleswig ist 390.000 Hektar groß. Es hatte 1910 167.000 Einwohner.

Aus Flensburg wird gemeldet: Die Dänen scheinen nun doch mit ihrer Absicht durchdringen zu wollen, daß die Abstimmung in der zweiten Zone auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird. Wie seinerzeit mitgeteilt, war die Wahl der Kommission gegen beständigen dänischen Widerstand auf den 7. März gefallen. Nun hat die internationale Kommission am 10. Februar die Frage nochmals erörtert. Es ist zwar zu seinem Beschluss gekommen, doch scheint es, daß man sich auf den 14. März einigen wird.

## Zur Volksabstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 11. Febr. (WDB.) Die vereinigten Verbände beimatrierten Oberschlesien teilen mit: Von behördlicher Seite erfahren wir, daß jetzt bereits viele Leute einen politischen Pal für die Volksabstimmung beantragen. Da die endgültigen Wahlbestimmungen der Entente-Kommission noch nicht herausgekommen und außerdem die von den vereinigten Verbänden eingelegten Schritte um Nachlass der Pauschalen von drei Mark noch nicht erledigt sind, ist es durchaus unzweckmäßig, schon jetzt Pässe zum Zweck der Volksabstimmung sich ausstellen zu lassen. Sobald alle in Bezug stehenden Fragen erledigt sind, wird der Deutschen Reichsamt hieron Mitteilung gemacht werden.

## Die Räumung Oberschlesiens vollendet.

Breslau, 11. Febr. (WDB.) Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit: Die Räumung der Zone 2 des Abstimmungsgebietes in Oberschlesien (Oppeln) ist ohne Zwischenfälle erledigt worden. Die militärische Räumung von Oberschlesien ist damit beendet.

## Aus Danzig.

Danzig, 11. Febr. (WTB.) Heute vormittag kam der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig, Regina de Tower, von Paris an. Oberbürgermeister Salzmann im Namen der Stadt willkommen. Der Oberbürgermeister antwortete in deutscher Sprache. Er drückte seine große Freude darüber aus, im Auftrage der alliierten Mächte die Verwaltung der Stadt zu übernehmen, und hob hervor, daß seine Bemühungen nur dann den gewünschten Erfolg haben könnten, wenn er auch die wohlwollende Unterstützung eines jeden Bürgers erhoffen könne. Es unterliege keinem Zweifel, daß, wenn das Volk in gemeinsamer Arbeit seine ganze Energie und Tatkraft allein den friedlichen Zielen seiner wirtschaftlichen Entwicklung widme, die Zukunft eines neuen glorreichen Zeitalters in der Geschichte Danzigs sich eröffnen werde.

## Die preußische Regierung und das Rheinland.

Berlin, 11. Febr. (WTB.) Ministerpräsident Hirsch, der von seiner Rheinlandreise zurückgekehrt ist, die er im Begleitung von vier preußischen Ministern unternommen hatte, erfuhrte einem Mitarbeiter des Wolffsblots gegenüber Salzbering: Wir haben uns bemüht, die Stimmung im Lande kennen zu lernen. Zwei Ergebnisse möchte ich vor allem feststellen, einmal, die rheinische Bevölkerung leidet unter der Herrschaft der Bevölkerungsgruppen ganz außerordentlich schwer. Der gesuchte Druck, der auf ihr lastet, ist auf die Dauer unerträglich. Und ferner: die überaus starke Belastungsprobe, der die überländische Besinnung der Rheinländer in dieser Zeit der Fremdherrschaft ausgeht, wurde von der Bevölkerung bisher glänzend überstanden. Ich habe zu meiner aufrichtigen Freude feststellen können, daß die ganz gewaltige Masse der Rheinländer von den separatistischen Strömungen immer deutlicher abrückt. Alle Beweisungen der Sonderbündler, die Bevölkerung glauben machen zu wollen, daß sie nur gegen das "reactionäre Preußen" kämpfen, aber den deutschen Charakter der Rheinländer nicht anstreben wollen, können heute niemand mehr über den wahren Sachverhalt hinwegtäuschen. Wir haben weiter, daß die Politik der Franzosen außerordentlich geschickt ist, und daß es entsprechende Gegennahmen notwendig macht. Die preußische Staatsregierung ist fest entschlossen, alles zu tun, um jeden Rest von Unzufriedenheit im Rheinlande zu beseitigen. Sie wird dafür sorgen, daß es in dieser Hinsicht nicht bei Versprechungen bleibt. Ich habe deshalb Auftrag gegeben, alle Wünsche in Form einer Denkschrift, nach Ressorts getrennt, zusammenzustellen. Das Staatsministerium wird unverzüglich zu ihrer Stellung nehmen und teilweise auch in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung die notwendigen Entscheidungen treffen. Allgemein verlangt man in den Rheinlanden, daß wir öfter herüberkommen, um einen ständigen Gedankenaustausch mit der Bevölkerung zu sichern. Ich hoffe, daß, wenn wir das nächste Mal im Rheinlande sein werden, man darüber bereits gelesen haben wird, daß in Berlin alles getan wird, um den rheinischen Brüdern in dieser schweren Zeit nach Kräften zur Seite zu stehen.

## Die Auflaufspreise für Reichssilbermünzen.

Berlin, 11. Febr. (WTB.) Im Zusammenhang mit der neuen Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin, die für den Handel mit Reichssilbermünzen einem Monopol der Reichsbank gleichkommt, erhöht diese die Auflaufspreise für Reichssilbermünzen auf das Achtfache des Nennwertes, so daß die Reichsbank-Hauptklasse und alle Reichsbank- und Postanstalten für Einmarssonne 8 Mark, für Zweimarsonne 16 Mark, Dreimarsonne 24 Mark, Fünfmarsonne 40 Mark, Halbmarsonne oder Fünfzigpfennigmarsonne 4 Mark und für ein übriges 50-Pfennigmarsonne 1,60 Mark bezahlt. Für Taler werden auf Grund des höheren Silbergehalts 26,50 Mark bezahlt. Bei abgenutzten Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

## Der freie Silberhandel verboten.

Berlin, 11. Febr. (WTB.) Der Reichswirtschaftsminister erließ unter dem 7. Februar eine Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin, die für den Handel mit Reichssilbermünzen einem Monopol der Reichsbank gleichkommt und außerdem den Haushandel mit Edelmetallen und daraus hergestellten Waren und Werten verbietet. Der Verkauf von Reichssilbermünzen zu einem den Nennwert übersteigenden Preise an andere Stellen als die Reichsbank ist strafbar. Die Reichsbank erhöhte im Zusammenhang hiermit die Auflaufspreise für Reichssilbermünzen auf das Achtfache des Nennwertes.

## Schuld und Sühne.

Originalroman von Erich Eberlein.

28)

(Rücktritt verboten.)

"Würden Sie mir die beiden Bilder verkaufen, Herr Bawaria?"

Der junge Photograph blieb überrascht und ein wenig misstrauisch auf.

"Zu welchem Zweck?"

"Zu einem besonderen Zweck. Bloß — sie interessieren mich und über eine merkwürdige Anziehungskraft auf mich aus."

Bawaria zögerte noch.

"Ich weiß wirklich nicht, was ich tun soll? Einerseits bin ich Ihnen so viel Dank schuldig, daß ich glücklich wäre, Ihnen einen Wunsch erfüllen zu können. Andererseits ... ich nahm die Bilder zu meinem Vergnügen, ohne Wissen der betreffenden Personen auf und möchte um keinen Preis das aus einer Indiskretion mit oder anderen Unannehmlichkeiten erwachsenen würden ..."

"Darüber können Sie beruhigt sein. Ich will Sie nur für mich und werde gewiß keinen Mißbrauch damit treiben."

"Dann nehmen Sie sie in Gottesnamen!"

Elias Hempel legte eine Hundertkronennote vor den jungen Mann hin, der indes ergründen abwehrte.

"Das ist ja viel zu viel! Was fällt Ihnen ein! Ich nehme überhaupt keine Bezahlung dafür von Ihnen an."

"Dann verwenden Sie das Geld eben anderweitig und betrachten Sie es als kleinen Beitrag für Material zu weiteren künstlerischen Schaffens. Und nun kein Wort mehr darüber, wenn ich Ihnen gut bleiben soll."

Er lächelte die Bilder in die Tasche und brach bald danach auf in dem Bedürfnis, mit seinen Gedanken allein zu sein.

Aber auf der Treppe wurde er noch einmal aufgehalten. Fräulein Errath kam gerade, ein Tuch um den Kopf geschnürt, aus der Kammer am Ende des Korridors heraus, in der sie, ihrem Aussehen nach zu schließen, Ordnung gemacht hatte. Sie machte ein sehr ärgerliches Gesicht und Hempel, der sich langsam auch mit den beiden Damen Errath

## Ein aufsehenerregendes Urteil im Bucherverfahren.

Berlin, 11. Febr. (WTB.) Das Buchgericht des Landgerichts 2, Berlin, entschied heute dahin, daß der Artikel der Buchverordnung, der sich mit der prozeßualen Regelung des Bucherverfahrens beschäftigt, rechtsungültig ist.

## Reale Fische im Geschäftsgang der Reichsflößerversorgung.

Die Essener Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die "Reichsflößerversorgung Berlin" wegen Preiswuchers und Reitendels eingeleitet. Die Reichsflößerversorgung hatte große Sendungen aus Holland bezogener Salzheringe bei Essener Firmen beschlagnahmt, sie zu einem geringen Preis selbst übernommen und den Essener Firmen zu ungeheuren Bucherpreisen wieder angeboten. Der frühere Vorsteher der Reichsflößerversorgung, Nathan, wurde verhaftet. Bücher und Banlgutbuden der Reichsflößerversorgung wurden beschlagnahmt. — Wie die "Vossische Zeitung" im Anschluß an diese Nachrichten erfährt, hat die Reichsflößerversorgung Salzheringe bei Essener Firmen von holländischen Firmen für 390 bis 405 Mark die Tonne zugelagt erhalten hatten, zum Preise von drei Mark die Tonne selbst übernommen und dann die beschlagnahmten Fischsendungen den Essener Firmen zum Preise von 450 Mark die Tonne wieder angeboten.

## Die "Rote Fahne" verboten.

Berlin, 11. Febr. (WTB.) Wie das B.T. meldet, wurde das Berliner Organ der Kommunistischen Partei, die "Rote Fahne" bis zum 25. Februar verboten.

## Mangin von Dörten beschworen.

Der dem früheren französischen Ministerpräsidenten Mangin nahestehende "Eclair" macht seit mehreren Tagen eine förmliche Kampagne zugunsten des Generals Mangin, der von der neuen Regierung in den Obersten Kriegsrat berufen worden ist. Der "Eclair" verlangt, daß der General Mangin wieder nach Frankreich zurückgesetzt werde zugunsten der Bewegung für eine unabhängige rheinische Republik. Der "Eclair" gibt offen zu, daß er mit Dr. Dörten in Verbindung steht, und daß dieser sich bestrebe, weil die französische Regierung mit der Überzeugung des Generals Mangin die Bewegung über hauptsächlichsten Städte beraubt habe.

## Deutsche Rückzahlungen an Polen.

London, 11. Febr. (WTB.) (Hava.) Die deutsche Regierung hat sich Polen gegenüber dahin ausgesprochen, daß sie bereit sei, die während der Besetzung verausgabten polnischen Marken wieder zurückzuzahlen; auch sollen sämtliche aus Polen weggeführten Güter erachtet werden.

## Das Zweikammer-System in Polen.

Die Erste Kammer in Polen sollte nach einem Neigungsvorschlag den Namen "Rechtschutz" erhalten. Der Verfassungsausschuß lehnte jedoch diese aufdringlich ironische Bezeichnung ab und wählte den geläufigeren Namen Senat. Er soll aus 72 Mitgliedern bestehen. Jede Wojewodschaft entsendet einen Vertreter, jedoch haben die großen Städte (Warschau, Lemberg, Krakau, Posen, Lodz, Wilna) ihren eigenen Vertreter. Die Bevölkerung erhält im ganzen acht Repräsentanten, davon die katholische Kirche fünf, die Hochschulen delegieren dreizehn Vertreter. Der Senat hat die Pflicht, Gesetzentwürfe innerhalb 60 Tagen zu prüfen und sie dann mit einem Gutachten der Regierung der zweiten Kammer zu übersenden.

## Der Adriastreit.

Bern, 11. Febr. (WTB.) Wie welschweizerischen Blättern aus Belgrad gemeldet wird, hat die jugoslawische Regierung folgende Vorgeschäfte zur Lösung der Adriafrage in Paris unterbreiten lassen: 1. Jiumo und sein Hinterland bleiben unter dem Schutze des Österreichischen. Die Eisenbahnen und Häfen gehen in jugoslawische Verwaltung über. 2. Jugoslawien erkennt die Autonomie von Zara an, obwohl durch die Trennung dieser Stadt vom übrigen Dalmatien das wirtschaftliche Todesurteil über Zara ausgesprochen wird. 3. Albanien bildet einen freien unabhängigen Staat innerhalb der von der Londoner Konferenz 1913 festgelegten Grenzen. 4. Gewisse Inseln müssen zu Jugoslawien kommen. 5. Jugoslawen, die unter italienische Herrschaft kommen, müssen bestimmte Garantien erhalten. Jugoslawien beantragt gemäß der Entscheidung vom 20. November 1919 seinen Anteil bei der Aufteilung der österreichischen Handelsflotte.

auf freundschaftlichen Fuß gestellt hatte, blieb stehen, um sich nach dem Besinden ihrer Hand zu erkundigen, die noch immer nicht ganz gut war.

"Danke, Herr Moders, es geht ja viel besser damit und ich habe dein keine Schmerzen mehr. Wenn man nur sonst nicht so viel Angst hätte!" sagte sie in weinendem Ton. "Wer es gibt so unverhohlene Feinde auf der Welt, daß man es wirklich kaum glauben kann! Als ob man nicht schon Arbeit genug hätte, besonders jetzt, wo unsere Auswärtsfrau uns im Stich ließ und Mama und ich alles allein besorgen müssen —"

"Was ist denn passiert, Fräulein Errath?" fragte Hempel teilnehmend. "Wer hat sich erlaubt, unverhohlen gegen Sie zu sein?"

"Der Vorgänger, dieser saubere Herr Sparbach! Ich kann ihn nie recht leiden, obwohl er immer so gut aussieht, er möchte recht gute Nachbarschaft mit uns halten und es an Versuchen nicht fehlen ließ, mit uns in Verfeindschaft zu treten. Aber wir hatten gar keine Sehnsucht nach einem derartigen Verkehr und verhielten uns immer ablehnend. Nur sieht man, wie recht wir hatten und was dieser Mensch unter 'guter Nachbarschaft' verstand!"

Hempel hatte hoch aufgehoben bei dem Namen Sparbach. Er fragte nun lächelnd: "Oho, was hat er denn verbrochen?"

"In unsere Kammer ist er heimlich eingedrungen und hat dort eine schändliche Ordnung angerichtet —"

"In welche Kammer?"

"Nur diese dort am Ende des Korridors, die gerade an Ihre Wohnung führt. Sie gehört uns und wir bewahren dort Vorräte auf, die wir uns jetzt in der Kriegszeit anlegen. Der Schlüssel habe ich immer bei mir, bin aber in der letzten Zeit nicht hinübergelommen, da wir nichts zulassen und die Vorräte auch nicht angreifen wollen. Gestern aber schickte uns unsre Tante Leichwarten, die sie zufällig erstand und diese wollte ich heute in der Kammer darüber aufbewahren."

"Nun — und?"

"Ich glaubte, mich trage der Schlag, als ich die Tür öffnete! Wo ich stets auf peinliche Ordnung und Sauber-

## Lokaler und vermischter Teil.

Bimburg, 13. Februar 1920

„Eine fleischlose Woche. Das Stadtverwaltungsteil teilt uns mit, daß wegen der geringen Verfüllung behörenden Menge in dieser Woche Fleisch nicht zur Ausgabe gelangt. Fleisch für Kaninchen wird bei Weißgerber Georg Schmidt, Fleischmarkt, ausgegeben.

„Auszeichnung. Durch das Bezirkskommando hier wurde dem Leutnant der Inf. E. Moser von seinem Truppenteil für hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde das Eisene Kreuz 1. Klasse verliehen.

„Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe wurde verliehen Herrn Rechnungsbeamten Hoffmann und Herrn Ranglieutenant H. Pförtner.

„Im Verdacht einer Fahradiebstahl bei dem Bürgermeister Hemmer begangen zu haben, wurde gestern ein junger Limburger Bürge in Haft genommen.

„Die Diebin, die den Kindern auf der Straße ihre Sochen abschlägt, hat ihr Treiben, wie es scheint, wieder aufgenommen. Gestern trat auf dem Schulhof der Wilhelmshöchschule eine Frau an die Kinder heran, die gerade in die Schule gehen wollten und fragte ein siebenjähriges Mädchen: „Bei wem gehst du in die Schule?“ Als das Mädchen den Namen der Lehrerin angab, verließ sie es mit den Worten: „Du sollst für Euer Fräulein (die Lehrerin) Bilder im Kürtenbach holen“, mitzugehen. Die Person begleitete darauf das Kind durch die ganze Stadt bis zur Privatz Wohnung Kürtenbach in der Nähe des Bahnhofs. Dort nahm sie dem Kind den Lederrucksack ab mit der merkwürdigen Begründung: „Du mußt den Rucksack abtun, damit du nicht erkannt wirst“, und schickte es in die Wohnung hinaus. Als das Kindchen wieder auf die Straße heraufkam, war die Person spurlos verschwunden. Nach den Angaben der Kinder ist sie etwa 20 Jahr alt, trug einen schwarzen Mantel mit schmalen schwarzen Pelz am Kragen, eine schwarze Mütze und Plüschedel und Schuhschleife. — In letzter Stunde erkannten wir, daß die Diebin gestern auch in Gießen aufgetaucht ist und dort einem Kind die Schulbücher des Limburger Kindes geschenkt hat, ihm das aber die Schule abgenommen hat. Die Personenbeschreibung paßt genau auf des Limburger Bild, Leider ist auch dort die Festnahme nicht gelungen.

„Die öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei in der „Aren Poli“ mit Dr. Quardt als Referenten war durch einen sehr guten Besuch ausgezeichnet. Das von ebensoviel politischem Weitblick wie Überzeugungswärme durchdrungene Referat hat die politische Lage und die Notwendigkeiten der Stunde treffend charakterisiert und vor allem einmal ein leuchtendes Bild von der Arbeit entworfen, die seit dem Zusammenbruch durch die Regierung und die Parlamente geleistet worden ist. Man kann es verstehen, wenn Dr. Quardt mehr als einmal Bitterkeit von der Verkennung und Nachlässigung sprach, die diesem großen Werk politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen von vielen entgegengesetzt wird. Dr. Quardt ging von der Tagesfrage, dem Auslieferungsbegehr der Entente aus, das in seiner Brutalität nur in den Triumphen römischer Imperatoren eine Parallele besitzt. Int. Grund sei es nur die Konsequenz der ganzen Nachpolitik der Entente, die den Gefahren, die Europa drohen, blind gegenüberstehe. In der Wiedergutmachungskommission besteht die Entente ein Werkzeug, das wie kein anderes geeignet wäre, den Grund zu einem Neuaufbau Europas zu bereiten, statt dessen wird sie sich jedem Versuch der Reorganisation unserer Arbeit in den Weg. Ein flüger Sieger würde von dem Gedanken ausgehen, daß dieser Krieg alle schwer getroffen hat und der Aufbau nur gemeinsam möglich ist. Was die Entente aber zu ihrer Handlungswise bestimmt, ist die Angst vor der modernen deutschen Sozialgesetzgebung. Sie fürchtet, ihre Völker könnten eines Tages ähnlich verlangen und darum knüpfen sie uns beiheilen nieder. Der Zusammenbruch der Moral ist so schlimm, wie der der Wirtschaft auch. Diejenigen, die heute über Arbeitsunlust und übertriebene Forderungen jammern, die sollten sich erinnern, daß die von den Gewerkschaften bekämpfte wahninige Lohnpolitik in der Munitionsfabrikation es war, die den normalen Gang der Entwicklung in chaotisches Durcheinander gebracht hat. Welch ungeheure Werk von den gesetzgebenden Räten und Gewerkschaften in kaum Jahresfrist auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vollbracht worden ist, davon ist im Volle viel zu wenig bekannt, sonst wären die dauernden Widerstände gegen die Regierungsarbeit nicht möglich. Man fragt sich, wo das nationale Gewissen der Reichspolitiker und Stellen Widerstand bleibt, die keins in dieselbe Recke haben wie die

zeit gegeben, herrscht jetzt ein wüstes Durcheinander von zerstörerischen Holzstüden, Holzwolle und Leinwandzeilen. Alles nur so hineingeworfen, als wäre unsere Vorratskammer eine Müllgrube. Das Schlimmste ist, daß Herr Sparbach, als er sich auf diese unverhohlene Weise der Dinge entledigte, nicht die geringste Rücksicht auf unsre sozialen Gewerken und auf möglichst beschäftigte Vorräte nahm! Ein Dutzend Einmachgläser sind zertrümmert, wenigstens fünf Kilo Mehl durch den ausgelöschten Saft derzellen verdorben und eine Menge sonstiger Eier kaputt. Er muß die Bretter wie ein Wilder sinnlos hingeworfen haben, ohne Rücksicht wohin sie fielen! Ich wollte Ordnung machen, aber ich kann einfach nicht! Ich bin empört. Am besten möchte ich weinen!"

"Das war freilich eine ärgerliche Entdeckung für Sie, Fräulein Errath. Aber woher wissen Sie denn, daß es gerade Sparbach war, der das Unheil anrichtete?"

"Das will ich Ihnen sagen. Auf einem der zerstörten Bretter liegte noch ein Bahnzettel mit dem Aufgabestempel „Berlin“. Und Herr Sparbach bekam natürlich, wie ich mit eigenen Augen sah, eine große Rüste aus Berlin zugestellt. Ich befand mich gerade hier am Korridor, als die Postträger sie in seine Wohnung schafften und sie damals den Zettel mit Berlin darauf. Sparbach lagte, es sei eine Mutterfamilie, die ein Runde hier bestellt habe."

"Erinnern Sie sich vielleicht noch, wann das war, Fräulein Errath?"

"O ja. Am 26. April. Es war gerade Mamas Geburtstag. Damals weiß ich es so genau. Unbegreiflich ist mir nur, wie der Mensch in unsere Vorratskammer ein dringen konnte? Er muß sich ja dazu geradezu einen zweiten Schlüssel verschafft haben!"

"Wahrscheinlich ließ er sich einen solchen anfertigen."

"Aber weshalb ließ er denn das Zeug nicht in seiner Wohnung zurück, sondern schaffte es in unsere Kammer? Das sieht doch nach reiner Bosheit aus!"

Hempel lächelte. „Um mir die Sache ganz klar und bedeutsam eine losbare Entdeckung. Die angebliche „Mutterfamilie“ war wahrscheinlich der Koffer, der auf diese ungewöhnliche Weise ins Haus geschafft wurde. Seine Umhüllung wollte Sparbach nicht in der eigenen Wohnung zurück-

**Niedergutmochungslösung.** Der Ruf nach dem starken Mann ist uninnig, weil so weitverzweigte Aufgaben wie die unserer Zeit nicht aus einer Hand zu lösen sind. Die Vorausfrage ist in ihrer Gesamtheit noch gar nicht erkannt. Hier möchte wünschlich jede einzelne Hand zur Besserung mitwirken. Statt dessen arbeitet besonders die Großindustrie aus ganz mißgeleiteter Gewissenssucht jeder großzügigen Maßnahme zur Bedeutung der Salut entgegen, die ihr selbst zugute kommen würde. Genau so geht es in der Steuerpolitik. Jeder möchte die Lasten auf eine andere Berufsgruppe abgewälzt wissen. Wenn die Einsicht nicht wächst, ist eine Katastrophe unvermeidlich. Der Mangel an Gemeinsinn droht unter leichtes Gut zu zerstreuen. Arbeiten, arbeiten heißt zwar die Parole, aber so zu tun ist nur der berechtigt, der selbst mit tätig ist. Das sollten sich vor allem die Deutschen nationalen merken, die den Gemeinsinn bei den Landwirten untergraben. Dasselbe Uebel ist bei zahlreichen revolutionären Landräten festzustellen, die mit den Großgrundbesitzern unter einer Dede stehen. Bei ihrer Arbeit hat die Regierung den Grundsatz, immer die interessierten Kreise zur Beratung heranzuziehen, während früher nur vom grünen Tisch aus diskutiert wurde. Die Früchte der Regierungsarbeit, die Erleichterungen, die allen Berufsteilen verschafft worden sind, die Belebung all der entbehrlichen engen Bindungen durch das frühere System wird von allen zwar gern hingenommen. Aber nie hört man darüber ein Wort der Anerkennung. Eine lebendigere Teilnahme an der Regierungsarbeit möchte sich jeder zur Pflicht machen. Denn nur aus der Zusammenarbeit könne Erfolgsliches erwachsen, nur durch die Bemühungen des Volksangehörigen könnten wir vorwärts kommen. — Die Diskussion bestand in einer einzigen Auseinandersetzung sozialdemokratischer Redner mit dem Unabhängigen Kargl, der u. a. die Schließung der Eisenbahnwerft zur Sprache brachte und für ein schreiendes Unrecht erklärte. Die Arbeiterschaft habe an der Wirtschaftlichkeit des Betriebes kein Interesse, solange der Mehrertrag kapitalistischen Interessen zugute komme. Der sozialdemokratische Parteisekretär Höin erklärte darauf, daß Mehrerträge einer Eisenbahnwerft nur dazu dienen könnten, die Steuerlast zu vermindern und das Bahnwesen im Interesse der Allgemeinheit in Ordnung zu bringen. Die Wirtschaftlichkeit liege also sehr wohl im Interesse der Arbeiter. Es antworteten auf die Auseinandersetzung Kargl noch Kohl von der Mehrheitssozialdemokratie und Dr. Dauard in seinem Schlusswort, in dem er nochmals zur Mitarbeit in der Politik aufforderte.

**Eine bedeutende Preiserhöhung für Zündhölzer** steht nach einer Mitteilung der Anhaltischen Handelskammer in Roswig unmittelbar bevor. Statt des Preises von 1,30 Mark für zehn Schachteln, ist der künftige Preis 3,50 Mark. Die Reichsstelle hat ihre Genehmigung bereits erteilt.

**Danborn, 12. Febr.** Der heisige Turnverein veranstaltet Samstag, den 21. und Sonntag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Saalbau Diesterweg eine Abendunterhaltung. Neben zahlreichen turnerischen Vorführungen wird die Rülli-Szene aus Schillers "Tell" aufgeführt. Karten zu den beiden Abenden sind ab 17. Februar bei Kaufmann August Scheid zu haben.

**Als dem Unterhahnenkreis, 12. Febr.** Außer Veranlassung der Kreisbauernschaft findet am Sonntag den 15. Februar 3 Uhr nachmittags, in Freindiez und Gladbach Versammlungen statt, in denen dort Landwirtschaftslehrer Weiß und hier Direktor Eisinger, Wiesbaden, über die kommenden Reichstagssitzungen sprechen werden.

**Hahnenkötten, 12. Febr.** Der Männer-Gesangverein Hahnenkötten, Dirigent Herr Lehrer Müller aus Oberneisen, veranstaltet am kommenden Sonntag, den 15. Februar, abends 7,30 in der Turnhalle ein öffentliches Konzert mit Ball. Es kommen außer mehreren sehr schönen Männerstimmen und einigen Liedern des Herrn Wittstadt das Theaterstück "Die Waffen nieder" von Bertha Suttner zur Aufführung. Der Verein, welcher weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus bekannt ist, hat unter der Leitung des Herrn Müller schon sehr bedeutende Erfolge erzielt und verfügt auch zurzeit über ausgezeichnete Kräfte.

**Eckenberg, 10. Febr.** Hier hat sich ein Jungtrauen-cho gebildet, der u. a. die Fortsetzung des Leichenganges bei Beerdigungen übernommen hat.

**Höchstädt a. N., 10. Febr.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Samstag abend in der Wohnung eines Arbeiters in der Homburgstraße. Dort lag das achtjährige Töchterchen am Tische und machte eine Schularbeit,

lassen, um, falls es der Polizei einfallen sollte, dort Nachschau zu halten, auch nicht den leichten Verdacht zu erregen. Natürlich konnte er sich des Zeugs nur nachts entledigen und daher die Verzögerung, die er beim Hineinschaffen der Bretter im Dunkeln anrichtete.

Allerdings hätte er die Bretter auch in seiner Wohnung verbrennen können. Aber dazu fehlte es ihm offenbar an Zeit, da er ja schon am 27. April offiziell "arbeite". Da mochte ihm die selten betretene Rammer knapp neben seiner Wohnungstür gerade gelegen kommen. "Es scheint, daß mein Vorgänger wirklich ein wenig boshaft war," sagte Hempel laut. "Wer wenn Sie mich in Ihre Vorratskammer führen wollten, Fräulein Errath, würde ich Ihnen mit Vergnügen helfen, den Schaden wieder gut zu machen so weit es geht."

"Das wäre wirklich zu lieb! Aber ich weiß nicht, ob ich es annehmen kann."

"Bah, wir sind doch Nachbarn! Kommen Sie, wir wollen gleich Ordnung schaffen!"

Die Rammer, wohin Fräulein Errath den Detektiv führte, war klein und besaß nur ein Luftholz doch oben. Auf Wandbrettern standen sauber allerlei Vorrate in Gläsern, Beuteln und Papiersäcken. Davor lagen in wüstem Durcheinander Bretter, Holzwolle und zerrissene Packleinwand. Eine Webblüte war zerrissen und von oben tropfte Zuckersaft herab. Auch ein Glas mit eingelegten Eiern, das in der Ecke am Boden stand, war zerschellt.

"Hm, wirklich schade um die guten Sachen!"

sagte Hempel. "Wer Sie müssen sich damit trösten, daß die Bretter dafür einen netten Vorrat an Brennholz geben. Ich will sie Ihnen zerkleinern und dann laubt hier aus. Jetzt aber schaffe ich sie in meine Wohnung.

Er warf Leich trügerisch zu, und in fünf Minuten war sein Holzspan mehr zu sehen. Die Holzwolle wurde laubt und Wasser aus seiner Wohnung geholt, wusch er mit der Packleinwand den Boden und die befudeten Wandbretter ab, während Fräulein Errath zu ihrer Erleichterung von dem anscheinend verdorbenen Mehl doch noch einen großen Teil retten konnte.

**Gesetzgebung folgt.**

wobei es eine kleine Metallhülse in der Hand hielt, die es als Halter für abgebrochene Griffe benutzen wollte; wie das Kind sagte, hätten zahlreiche andere Kinder ebenfalls derartige Hälse, die dem gleichen Zweck dienen sollten. Auf das jetzt nicht aufgeklärte Weise explodierte plötzlich die Hülse (vermutlich eine Sprengkapsel von einer Stielhandgranate), riß der Kleinen die linke Hand glatt ab und verletzte sie außerdem noch an der rechten Hand, der Stirn und an der Brust. Die mit am Tische sitzende Mutter wurde ebenfalls an der Stirn verletzt. Beide kamen sofort ins Krankenhaus.

**Frankfurt, 11. Febr.** (Gefängnis für Hundebiede.) Eine Dame besaß einen Rehspinnich im Wert von 800 Mark. Das Hündchen war ihr eines Tages abhanden gekommen. Als sie dann einige Zeit später einen Entlauf in der Friedberger Landstraße machen wollte, war sie hocherfreut, als sich plötzlich ihr Hund meldete und an ihr empörte. Hinterher kam auch schon ein junger Mann, der Fahrbedienender Robert Brümmer aus Niederrad, seilte den Hund an und verschwand. Der Hundebiede wurde ermittelt und erhielt vom Schöffengericht einen Monat Gefängnis.

**Frankfurt, 11. Febr.** (Die fleißige Wirtin.) Frau Härdt, die Wirtin zur "Abelle", einer Weinstube mit Weiberbedienung hatte früh um 4 Uhr 30 lebhafte Kunden gekommen. Aber nie hörte man darüber ein Wort der Anerkennung. Eine lebendigere Teilnahme an der Regierungsarbeit möchte sich jeder zur Pflicht machen. Denn nur aus der Zusammenarbeit könne Erfolgsliches erwachsen, nur durch die Bemühungen des Volksangehörigen könnten wir vorwärts kommen. — Die Diskussion bestand in einer einzigen Auseinandersetzung sozialdemokratischer Redner mit dem Unabhängigen Kargl, der u. a. die Schließung der Eisenbahnwerft zur Sprache brachte und für ein schreiendes Unrecht erklärte. Die Arbeiterschaft habe an der Wirtschaftlichkeit des Betriebes kein Interesse, solange der Mehrertrag kapitalistischen Interessen zugute komme. Der sozialdemokratische Parteisekretär Höin erklärte darauf, daß Mehrerträge einer Eisenbahnwerft nur dazu dienen könnten, die Steuerlast zu vermindern und das Bahnwesen im Interesse der Allgemeinheit in Ordnung zu bringen. Die Wirtschaftlichkeit liege also sehr wohl im Interesse der Arbeiter. Es antworteten auf die Auseinandersetzung Kargl noch Kohl von der Mehrheitssozialdemokratie und Dr. Dauard in seinem Schlusswort, in dem er nochmals zur Mitarbeit in der Politik aufforderte.

**Bingen, 11. Febr.** Eine Verschandlung des Niederalbtes, auf dessen Höhe das Nationaldenkmal steht, soll bevorstehen. Das Hotel "Jagdschloß Niederalb" und andere Gaststätten am Ende der von Altmannshausen zum Niederalbdenkmal führenden Fahrradstraße sollen vom Forstamt neu verpachtet werden. Es besteht die Absicht, ein großes Ausflugsrestaurant auf dem westlichen Abhang zu errichten. Um für den Neubau Platz zu machen, soll ein Stück Eichenwald niedergelegt werden, so daß das neue Grandhotel das Niederalbdenkmal überschatten würde.

**Mainz, 9. Febr.** (Der Schleier der Orientalisierung.) In Mainz weilen zurzeit einige Orientalinnen für die schwarzen Truppen, die sich tief verschleiert donn und want im Straßenpunkt der Stadt, will nun heute ein französischer Offizier, der sich in Zivil befand, beobachtet haben, daß eine Deutsche abfällig auf den überlangen Schleier einer dieser Damen des Orients getreten sei. Er ließ sie unverzüglich verhaften. Ein deutscher Beamter, der sich vermittelnd beklagte, wurde ebenfalls festgenommen, ferner drei weitere deutsche Personen. Im Handumdrehen hatten sich mehrere hundert Personen angesammelt, die ihren Anhänger ziemlich deutlich ausdrückten. Man sieht daraus, wie leicht man sich hierzulande gegen die Ehre der alliierten Nationen vergehen kann.

**Zweibrücken, 10. Febr.** Einen Regen von Papiergeld gab es dieser Tage in der Marxstraße. Ein Handelsmann hatte sich als Aufbewahrungsort für mehrere hundert Mark Papiergeld in Zwanzig und Fünfzig-Markscheinen und kleineren Noten seinen Hut ausgezückt. Möglicherweise ist der Sturmwind die Rapsbedeckung vom Kopf des Geldträgers und unter grohem Halle der Passanten wirbelten die Scheine auf der Straße herum.

**Beyendorf, 11. Febr.** (Aufgeklärte Mordtaten.) Der heisigen Polizei ist es dieser Tage gelungen, zwei im vorigen Jahr verübte Mordtaten aufzudecken und die Täter zu verhaften. Im Mai verschwand im benachbarten Schenkerle ein fremder Kaufmann namens Stübing, der dort Zigaretten austauschen wollte. Man will ihn von Schenkerle ins besetzte Gebiet verwiesen haben. Es fehle jedoch von dem Tage ob jede Nachricht und Spur von ihm. Da er eine stattliche Geldsumme bei sich geführt haben soll, vermutete man immer, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Als Täter wurde nun ein Schuhmacher verhaftet. Er hat die Tat auch eingestanden. — Am 3. Juni wurde im Walde bei Wallmenroth der Förster Schulte von hier von einem Wilderer erschossen. Bisher schwerte ein gewisser Dunkel über der grauenhaften Tat. Nun mehr sind die Mordbuden ermittelt und verhaftet: es sind Peter Weißer und Peter Lorenz aus Bruch.

### Die Grippe.

**Berlin, 11. Febr. (W.D.B.)** In den letzten Tagen hat die Grippe hier nicht nur an Ausdehnung, sondern auch an Schwere der Einzelfälle zugenommen. Die Sterblichkeitsrate wuchs bedrohlich.

### Zu schwerer Seenot.

**Haugesund, 11. Febr. (W.D.B.)** Vorgestern abend ist der deutsche Dampfer "Björnoff" (?) aus Hamburg zwei Seemeilen westlich von Utsire auf Grund geraten. Der dicke Schneeregen hinderte die 20 Mann starke Besatzung, das Leuchtfieber von Utsire zu sehen. Die harte See warf das Schiff weiter auf Grund, so daß es mitten durchbrach. Der Achterteil glich zurück, und die zehn Mann, die sich dort befanden, lamen ums Leben. Die Überlebenden retteten sich auf eine Klippe, wo sie sich die ganze Nacht über aufzuhalten mußten. Das 5000 Tonnen große Schiff, war nach Norwegen unterwegs, um Fische zu holen. Heute ragen nur noch die Masten aus dem Wasser hervor. Noch unmittelbar, nachdem das Unglück geschehen war, lag man auf Utsire ein Boot, das Rotsignale gab; doch war es bei dem orkanartigen Sturm unmöglich zu Hilfe zu kommen. Gegen Morgen ließen Rettungsboote aus, denen es gelang, die Überlebenden zu retten, die schwere Leiden durchgemacht haben.

\* Der vierte Teil des deutschen Volkes konsumgenossenschaftlich organisiert! Nach den soeben einlaufenden tabellarischen Übersichten zur Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine betrug die Zahl der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angegliederten Konsumgenossenschaften am 31. Dezember 1919 1127. Zur Verbandsstatistik berichteten 1088, deren Mitgliederzahl 2300 033 betrug. Im Vorjahr betrug die Zahl der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angegliederten Konsumgenossenschaften 1067. Zur Statistik berichteten 1067 mit 2196 081 Mitgliedern. Hierin sind die Konsumgenossenschaften für Thüringen und deren Mitgliederzahl nicht einbezogen. Eine zweite konsumgenossenschaftliche Gruppe ist im Allgemeinen Verband der deutschen Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften vertreten. Deren Mitgliederzahl betrug reichlich 300 000. Außerdem bestehen eine Anzahl genossenschaftlicher Revisionsverbände, die keinem Zentralverband angegliedert sind, und eine Anzahl

von Konsumvereinen, die auch keinem Revisionsverband angehören. Deren Mitgliederzahl kann mit 200 000 angenommen werden. Somit beträgt die Zahl aller Mitglieder der deutschen Konsumvereine insgesamt 3200 000. Die Konsumvereinsmitglieder sind Haushaltungsvorstände; jedes Mitglied repräsentiert eine Familie. Die Gesamtheit der konsumgenossenschaftlich erfaßten Volksgenossen beträgt somit 13 bis 16 Millionen, mit anderen Worten: Der vierte Teil des deutschen Volkes ist konsumgenossenschaftlich organisiert.

\* Der Hund ist ein Gegenstand des täglichen Bedarfs! so lautete die Urteilsbegründung des Wiesbadener Schöffengerichts in einer Strafsache. Eine Frau hatte einen Hund für 30 Mark gekauft und im "Handumdrehen" für 250 Mark verlaufen, also für einen Gegenstand des täglichen Bedarfs einen übermäßigen Gewinn, 800 Proz. genommen. Sie wurde denn auch verurteilt.

\* Der Kommunist repariert das Geld. Das deutsche Geld ist, abgesehen von der Währung, recht schlecht: im Material, in der haltbarkeit, Ost und West erweisen die kleinen Geldscheine sehr schlecht die Erinnerung, daß Papier aus Lumpen hergestellt wird. Nun ist man nicht sehr zimperlich, zerlumptes, zerrissenes Kleingeld wieder gültig zu machen; wo gibt es Kleingeld? Und so erscheint denn mancher Fünfzigpfennigchein dreifach verdickt durch die Klebeflasche auf beiden Seiten. Diese Klebeflasche geben eine ausgezeichnete "Reliamefle" ab, die, kostengünstig durch Hunderttausend von Händen wandernd, nun politischer Werbung dienen. Etwas so, wie der Schweizer Briefstempel in den Zeiten schlimmer Rot, die Mahnung auf Millionen Postsendungen in die Welt schreibt: Spart mit Fleisch! Den Kommunisten gebührt das Verdienst, die "Geldpflaster" der Propaganda erschlossen zu haben: sie kleben die zerlumpten Scheine mit schönen Streichen zusammen, und auf Ein- und Fünfmarksscheinen steht man in rotem "Querdruck": Was ist die Mark wert? So viel wie Ebert und Ludendorff! oder "Wer repariert die zerlumpten Scheine?" Der Kommunist.

## Amtlicher Teil.

Fr. 24 vom 13. Februar 1920.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises Limburg mit Ausnahme von Elz

Den in die Heimat zurückkehrenden Kriegsgefangenen kann beim Vorhandensein einer wirtschaftlichen Notlage aus den vom Reiche zur Verfügung gestellten Mitteln eine wirtschaftliche Beihilfe gewährt werden. Ferner kann ausnahmsweise die während der Dauer der Gefangenschaft nicht gezahlte Lohnung unter bestimmten Voraussetzungen nachgezahlt werden. Die Anträge auf diese Beziehungen müssen von den ehemaligen Kriegsgefangenen bei der Kriegsgefangenen-Heimkehr gestellt werden. Sehr oft kommen Heimkehrer hierher, denen unbekannt ist, wo sie für sie zuständige Kriegsgefangenenheimlehr befindet, und die sich erst haben durchfragen müssen. Keine Anordnung vom 22. August 1919 im Kreisblatt Nr. 195, doch die Herren Bürgermeister die heimkehrenden Kriegsgefangenen auf die hier gehoffte Kriegsgefangenenheimkehr aufmerksam machen sollen, scheint nicht überall beachtet zu werden. Ich erinnere deshalb nochmals an die genaue Befolgung dieser meiner Anordnung. Das Kriegsgefangenenheimlehr befindet sich in Limburg im Wadensdorffschloß, Zimmer Nr. 4, (Hauptausgang). Die Benachrichtigung der heimkehrenden Kriegsgefangenen muß möglichst sofort nach ihrem Eintreffen erfolgen. Holt jeder Heimkehrer meldet sich persönlich in Limburg beim Bezirkskommando an, und kann bei der Gelegenheit dann auch auf der Kriegsgefangenenheimlehr vorsprechen.

Für die Heimkehrer aus Limburg, Hadamar, Gamberg und Elz befindet sich die Kriegsgefangenenheimlehr auf dem Bürgermeisteramt ihres Wohnortes.

Limburg, den 20. Januar 1920.

R. Wo. 585. Der Baurat.

Diejenigen Herren Bürgermeister, die mit Erledigung meiner Verfügung vom 24. vor. Wts. — Tgl. 2. Nr. 178 — Kreisblatt Nr. 22, betreffend den Verlauf des letzten Hochwassers und die entstandenen Hochwasserschäden, noch im Rückstand sind, werden an umgehende Berichterstattung erinnert.

Limburg, den 10. Februar 1920.

Der Baurat.

Tgl. 2 Nr. 178.

### Berordnung

Auf Grund der Verordnung über die Errichtung von Preisbildungsschulen und die Verteilungsregelung vom 25. 9. 1915 (R. G. Bl. S. 607) und 4. 11. 1915 (R. G. Bl. S. 729) und des § 13 a der N.G.O. (R. G. Bl. S. 525/535) wird für den Kreis Limburg folgendes bestimmt:

§ 1. Die Ausfuhr von Hühnerköpfen, wie Erbsen oder Pepern, Speisephobnen, Aderphobnen und Linsen aus dem Kreis Limburg ist nur mit vorheriger Genehmigung des Kommunalverbandes gestattet. Zu mahnend ist ein vom Kommunalverband gestempelter Fraßbrief erforderlich.

Die Ausfuhr wird nur gestattet, wenn die auferlegten Pflichtmengen an den Kommunalverband geliefert sind.

§ 2. Uebertritte der vorstehenden Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist strafbar. Neben dieser Strafe können die Hühnerköpfe zugunsten des Kommunalverbandes ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen freilässt werden.

§ 3. Vorstehende Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Limburg, den 7. Februar 1920.

Ramens des Kreisausschusses.

Der Vorsitzende.

Schellen.

Wird veröffentlicht.

Ich erüche die Herren Bürgermeister, vorstehende Verordnung wiederholte auf ortsübliche Weise bekannt zu machen.

Limburg, den 7. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Kreiswirtschaftsamtes.

(Schluß des amtlichen Teils.)

### Israelitischer Gottesdienst.

Freitag abend 5,25 Uhr, Samstag morgen 8,30 Uhr, Samstag nachmittag 3,30 Uhr, Sabbat Abgang 6,30 Uhr.

Für die freundlichen Glückwünsche  
zur Verlobung danken herzlichst

Werner Holt,  
Hauptmann.  
Schwerin.

Marga Grunenberg  
geb. Skredski.  
Limburg.

8/34

### Gekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

#### Betrift: Einreichung der Umsatzer- klärung für das Jahr 1919.

Es wird nochmals an die Einreichung der Umsatzerklärung erinnert. Da die fristgemäße Einreichung am 31. Januar d. J. abgelaufen ist, kann von den nachträglich abgegebenen Erklärungen ein Bußgeld zur Steuer erhaben werden. Sollen bis zum 20. d. Mrs. die fehlenden Erklärungen nicht abgegeben sein, so wird unweigerlich dieser Bußgeld festgesetzt.

Vordrucke sind beim Magistrat (Zimmer 6, Steuerbüro) abzuholen.

Limburg, den 10. Februar 1920  
10/34 Der Magistrat (Umsatzerkamt).

#### Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer- zuflüsse für 1919.

Durch übereinstimmende Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sind mit Genehmigung des Beiratsausschusses vom 5. 2. 1920 die Gemeindeeinkommensteuerzuflüsse für das Steuerjahr 1919 (1. April 1919 bis 31. März 1920) von 200 auf 250% erhöht worden.

Die Erhöhung des Betrages dieser 50%igen Erhöhung durch die Stadtoste erfolgt als 5 Steuerrate im März d. J. Die Nachsteuerzettel befinden sich bereits in den Händen der Steuerpflichtigen.

Limburg, den 11. Februar 1920.  
11/34 Der Magistrat.

### Gekanntmachung.

Die Maurerarbeiten nebst Lieferung der Materialien zur Herstellung einer Stützmauer im Osterberg zu Ennerich sollen getrennt in 2 Losen:

Los I. Maurerarbeiten (Arbeitslohn),

Los II. Maurermaterialien

im Wege des idemlichen Angebotes vergeben werden.

Die Angebote sind verschlossen, mit entsprechender Anschrift versehen, bis zum

Montag den 23. Februar et.

vormittags 10 Uhr

dem Kreisbaumeister in Wellburg einzureichen, woselbst in Gegenwart des Unternehmers die Eröffnung stattfindet.

Dasselbe sind auch die Verdingungsunterlagen einzusehen und die Bietungsfomulare gegen Erstattung der Anfertigungskosten von 0,50 M. für jedes Los zu haben.

Buchlagsfrist 2 Wochen.

Wellburg, den 10. Februar 1920.  
10/34 Der Kreisbaumeister.

**Zahle  
tatsächlich  
für jede Silbermark 8,50—9 Mk.**

Bei grösseren Posten mehr.

Kaufe auch ausländische 2/34

**Silbermünzen**

und allerhand Silbersachen, Uhren, Ketten, Leuchter usw. Zahle noch nie dagewesene Preise. Auswärtige Kunden erhalten bei grossen Posten Fahrt-Vergütung.

**Mandel, Frankfurt a. M.,**

Uhlandstr. 36, 3 (Ecke Ostendstrasse).

Strassenbahn mit Linie 15, 18, 19 und 7.

Bon heute ab wird

**Gerste geschält.**

Wilhelm Kremer, Brückenmühle, Niederbrechen.  
Mahlscheine, bitte mitzubringen.

4/34

### Wirksames Inserationsorgan

ist der in

**LIMBURG (Lahn)**

im 83. Jahrgang  
tägl. erscheinende



gegründet  
1838.

1838  
gegründet.

**Limburger Anzeiger**  
Amtl. Kreisblatt.

**Anzeigenblatt**

für die Bewohner  
Limburgs und der Landgemeinden  
in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis 4,95 M. vierteljährl.

Diej. Pers., w. die Ubr  
für Miliz-Mensfelden abgeb.  
hat, soll diez. soj. zurückgeben,  
da Strafantrag erfolgt. Wür  
hat Monogr. A N. u. rotw.  
grün. Streifen auf dem Zi  
gerblatt. 3/34

### Für Kranke!

E. Melcher,  
Hausopath und Magnetopath,  
Limburg a. L., Diezerstr. 74  
Sprechz. 9—12 und 1—4.  
Sonntags bis mittags.  
Bei Anfragen von auswärts  
Rückporto. 17/34

### Bügle und kochen

elektrisch. Prospekt gratis.  
R. Richter, Aschaffenburg 81  
Würzburgerstr. 76.

### Dezimal- Wage,

50 Pf. wiegend, noch gut  
erhalten, zu verkaufen.  
Wo, sagt die Expd.

### Gänsebruteier

von schweren Endener Gänzen  
lauffend abzugeben. 2/31  
Brückenvorstadt 2.

### Ein Schaufenster mit Rolladen

zu kaufen gefücht. 17/34

### Arbeitsbücher

zu haben in der  
Kreisblatt-Druckerei.

### kleiner Herd

zu kaufen gesucht.

Angebote unter Nr. 5/34

an die Geschäftsstelle d. Bl.

### Maskenanzüge

leihweise, sowie  
sämtliche Karnevalartikel

### Adolf Stein, Limburg

Salzgasse 5, Telefon 347.

1/32

Eine gute billige Berliner Tageszeitung ist die

### Deutsche Warte

Gär: Bodenwucher

Gegen:

Heimstätten

Herausgeber:

Dr. jur. h. c. Adolf Damashke  
(der bekanntlich von Männern und Frauen  
aller Parteien als Kandidat für die  
Reichspräsidentenschaft  
aufgestellt ist)

Mit. 2.— monatlich  
(mit 6 Beilagen wöchentlich)

Verlag der Deutschen Warte,  
Berlin NW 6.

### zur Beachtung. ::

Es sei wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass wir in den Fällen von telefonisch an uns übermittelten Anzeigen keinerlei Haftung für die Richtigkeit des Textes übernehmen können.

Die Geschäftsstelle  
des Limb. Anzeiger.

### Chiffreanzeigen v. Verkäufe.

Das neue Umsatzerlgesetz verpflichtet die Zeitungen bei Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufsangebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzerlungen unterliegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffentlichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche veröffentlichte Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit der Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den Zweck, dass von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer beim Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15%. Die Verkäufer können bei der Feststellung des Verkaufspreises hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.